

## Meinung

## Pandemiebekämpfung

## Transparenz würde helfen

MIRAY CALISKAN

Das Thema musste ja irgendwann aufkommen: Laut der Bild haben bis zu 90 Prozent der Corona-Intensivpatienten einen Migrationshintergrund. Das habe eine Umfrage unter Chefärzten ergeben. Sprachliche Barrieren würden den Umgang mit den Erkrankten und die Prävention erschweren. Diverse Medien haben diese Behauptung relativ schnell relativiert. So gibt es keinerlei statistische Daten zu Nationalitäten oder Religionen von Corona-Patienten in deutschen Kliniken.

Und überhaupt: Nicht der Migrationshintergrund stellt einen Risikofaktor für Covid-19 dar, es sind die Arbeits- und Lebensbedingungen, die hier zu Buche schlagen. Viele Betroffene sind dem Virus ausgeliefert, weil sie in der Pflege oder im Gesundheitssystem tätig sind. Weil große Familien auf engem Raum zusammenleben, nicht selten die Großeltern zu Hause gepflegt werden.

Als ich meiner Mama von der Diskussion berichtete, sagte sie nur „Yok art k“. Das ist türkisch und eine Mischform zwischen „Ach du Scheiß“ und „Was soll der Mist“. Damit wäre alles gesagt – aber es lohnt sich trotzdem, tiefer einzusteigen.

Wieso diskutieren wir? Häufig, um Konsequenzen abzuleiten. Wenn Migrantinnen und Migranten tatsächlich einem größeren Infektionsrisiko ausgesetzt sind – das müsste erst wissenschaftlich festgestellt werden –, sollte man versuchen, sie verstärkt zu schützen. Die Kommunikation müsste dann übers Internet, vor allem die sozialen Medien erfolgen. Die Broschüren sollten in diversen Sprachen vorliegen und nicht von Google übersetzt werden sein – was sie oftmals sind. So sind die türkischen Infos auf der Seite der Senatsverwaltung so kryptisch formuliert, dass ich sie als Muttersprachlerin kaum entschlüsseln kann. Außerdem müssten politische Verant-

Einzelne Bevölkerungsgruppen zum Sündenbock für das Infektionsgeschehen zu erklären, ist rassistisch.

wortliche in die Bezirke hineingehen und verstärkt Aufklärungsarbeit leisten.

Jetzt werden einige sagen: „Ist doch ihre Schuld, dass sie die deutsche Sprache nicht beherrschen!“ Wohin führt diese Diskussion? Zu nichts. Das Virus ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Arabische Hochzeiten oder deutsche Karnevalsveranstaltungen, kurz gesagt: Einzelne Bevölkerungsgruppen zum Sündenbock für das Infektionsgeschehen zu erklären, ist rassistisch.

Eine weitere Konsequenz, die man ableiten könnte, ist, die Gruppen schneller zu impfen. Nur gibt es in Deutschland eine Impfpriorisierung nach Risikogruppen. Es wäre dennoch interessant, einen Einblick in die „individuellen“ Daten der Impflinge zu erhalten. Laut RKI werden zwar Geschlecht und Alter erfasst, aber die Länder würden diese Infos nicht übermitteln. Daten zu Ethnizitäten oder zum sozioökonomischen Status der Geimpften werden nicht erhoben.

Wieso eigentlich nicht? Neben den Bemühungen, möglichst viele Menschen möglichst schnell zu impfen, geht es auch um die Frage, wie gerecht der Impfstoff verteilt wird. Die Diskussion muss vor allem an Fahrt aufnehmen, wenn Menschen ohne erhöhtes Risiko an der Reihe sind. Wieso nicht zuerst in die Viertel mit hoher Arbeitslosigkeit gehen? Erst Familien mit prekären Lebensbedingungen impfen? Es ist die Pflicht der Bundesregierung, einzelne Gruppen nicht aus dem Blick zu verlieren. Das ist sicherlich schon längst geschehen. Auch wenn wir kaum Wissen darüber haben, wer genau eine Impfeinladung erhalten hat. Mehr Transparenz bei diesem Thema könnte helfen, das Virus und Krankheitsverläufe besser zu verstehen.



BERLINER ZEITUNG/HEIKO SAKURAI

**D**eutschland nimmt für sich in Anspruch, eine wertebasierte Außenpolitik zu betreiben. „Selbstbewusstes Werben für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte ist daher wichtiger Teil deutscher Friedens- und Sicherheitspolitik“, heißt es in den vom Auswärtigen Amt veröffentlichten Grundprinzipien deutscher Außenpolitik. Doch wie sieht das in der Praxis aus? Während Berlin im Falle des russischen Regimekritikers Alexej Navalny die große Trommel röhrt, Sanktionen beschließt und keine Ruhe gibt, herrscht im Falle der unterdrückten chinesischen Volksgruppe der Uiguren das große Schweigen.

Nicht nur Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch prangern die chinesischen Umerziehungs- und Zwangsarbeiterlager an, in denen Millionen Uiguren gequält werden. Auch die Bundesregierung geht davon aus, dass allein über eine Million Menschen dieser Volksgruppe in Umerziehungslagern interniert sind. Man habe das beim jüngsten Menschenrechtsdialog mit Peking auch angesprochen, teilte die deutsche Delegationsleiterin mit. Aber die chinesische Seite habe darüber nicht reden wollen. Tja. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dann zwar wenig später im Bundestag die „schlechte und grausame Behandlung“ der Minderheit beklagt und sich „zutiefst besorgt“ über die Unterdrückung der demokratischen Kräfte in Hongkong geäußert – aber hat sie auch irgend etwas unternommen? Den chinesischen Botschafter einbestellt, mit Sanktionen gedroht, die internationale Öffentlichkeit mobilisiert? Nichts davon ist geschehen.

Es irritiert zutiefst, dass ausgerechnet Russland mit seiner von Deutschland ausgehenden Leidensgeschichte des Zweiten Weltkriegs so im Fokus der deutschen Kritik steht, während China ungehindert und ungestraft seine Politik der

## China-Politik Und die Regierung schweigt



HOLGER SCHMALE

Expansion nach außen und der Unterdrückung nach innen fortsetzen kann. Der Umgang der Regierung Putin mit einer Opposition, die für faire Wahlen, eine unabhängige Justiz und Demonstrationsfreiheit streitet, ist aller Kritik wert. Aber immerhin gibt es in Russland eine wache Zivilgesellschaft, die sich organisieren und Gehör verschaffen kann.

Davon ist in China keine Rede. Unter dem Deckmantel der in jeder Hinsicht vertrütenen Ideale der Kommunistischen Partei hat die herrschende Elite um den Präsidenten Xi einen autoritären Turbokapitalismus mit einem technologisch ausgebügelten Überwachungssystem geschaffen, wie er dem europäischen Freiheitsverständnis fremder nicht sein kann. Gegen störende Elemente wie die Demokratiebewegung in Hongkong geht die Zentrale in Peking mit

Rechtsbruch und Gewalt vor, während sie das demokratische Taiwan mit wachsender militärischer Bedrohung einzuschüchtern sucht. All das lassen die Bundesregierung und die anderen europäischen Staaten tapferlos geschehen.

Wie ist dieses unterschiedliche Verhalten zu erklären? Ein Blick in die Handelsbilanzen hilft weiter. Dort finden sich 212 Milliarden Argumente für das Schweigen gegenüber der Führung in Peking. 212 Milliarden Euro betrug das deutsch-chinesische Handelsvolumen im vergangenen Jahr. China ist der größte Handelspartner Deutschlands, ein Paradies der deutschen Exportwirtschaft. Mit Russland beträgt das Handelsvolumen nur 20 Prozent dessen mit China, es liegt auf dem uninteressanten Platz 15 der deutschen Handelspartner.

Was wäre zu tun? Die EU könnte, wie sie das in anderen Fällen, siehe Russland, auch tut, Personen aus dem Machtssystem, die für die Unterdrückung der Uiguren oder die Verfolgung der Demokraten in Hongkong konkret verantwortlich sind oder davon wirtschaftlich profitieren, identifizieren und sanktionieren. Sie könnte wie die USA dafür sorgen, dass Produkte aus Zwangsarbeit, zum Beispiel Baumwolle aus der Provinz Xinjiang, nicht mehr importiert werden dürfen. Sie könnte die Teilnahme der europäischen Sportler an den Olympischen Winterspielen 2022 in Peking an die Sicherung grundlegender Menschenrechte für alle Bürger Chinas einschließlich Hongkongs knüpfen. All das würde auch dem Verdacht entgegenwirken, die Wertorientierung der deutschen, der europäischen Außenpolitik gelte doch eher den monetären als den humanitären Werten.



## Kolumne

## Und was ist mit der Rückkehr der Delfine?

PETRA KOHSE

irgendwann Anreize gegeben, dass ein paar Labore mehr eröffnet werden. Was mich im Homeoffice zwischen Wäscheständern, Organisation der Dreipersonen-Versorgung von extern und dem Stress, in den zwei Stunden, in denen die Sonne auf unseren Balkon kommt (immerhin haben wir einen!) auch etwas Zeit auf dem Korbessel zu erwischen, viel mehr umtreibt, ist die Tatsache, dass inzwischen alles immer weiterlaufen muss.

Haben vor einem Jahr die Romantiker unter uns noch die Wiederkehr der Delfine in die Kanäle Venedigs besungen, den flugverkehrsfreien Himmel bestaunt und auf eine Zäsur gesetzt, die dem turbokapitalisti-

schen Treiben ein Ende und dem Klima die Wende bringen könnte, ist jetzt Geräuschlosigkeit die oberste Bürgerinnennpflicht geworden. Nur weil dein Alltag implodiert, du den Opa vor seinem Tod nicht mehr gesehen hast, sich dein Einkommen halbiert, deine Kinder in psychische Krisen rutschen und schon die Planung für einen 80. Geburtstag Ende Mai ein Wagnis ohne Gewissheit ist, heißt das nicht, dass an der Funktionsfront Pardon oder auch nur einen Tag frei gegeben würde.

Was ist denn aus dem Aufschrei der 200 Künstler und Wissenschaftler geworden, die im Mai 2020 in Le Monde ihr „Nein zu einer Rückkehr zur Normalität“ formulierten? Sollten nicht Weichen gestellt werden? Ist es nur noch Bill Gates, der über die Klimakatastrophe nachdenkt, während wir anderen ratlose Rillen in den Wohnzimmerteppich laufen, weil wir nicht wissen, wie wir die nächste Jahreszahlung der Altersversorgung aufbringen können?

Ist die Neuaufstellung des öffentlichen Verkehrs im Gespräch? Sind die Gehälter des Pflegepersonals erhöht – finanziert aus den Gewinnen der Pharma-industrie und Maskenhersteller? Sind Schulgebäude mit größeren Klassenräumen in Planung? Kommt die 30-Stunden-Woche für alle, für eine bessere Work-Life-Balance?

Kümmern wir uns gerade um Dinge, die uns fröhlich und gesünder machen? Und wenn nein: Warum denn nicht?

## Zitat

„Liebe Fahrgäste, ich wollte mich heute einfach einmal bei Ihnen bedanken. Danke fürs Masketrägen, Danke fürs Abstandthalten, Danke fürs Aufeinanderschauen.“

Alexander Van der Bellen, Österreichischer Präsident, in der Wiener U-Bahn

## Auslese

## Immer neue Tiefpunkte

**M**it seinem angekündigten Rückzug vom Amt des Bundestrainers hat es Joachim Löw am Mittwoch nicht nur in die Schlagzeilen, sondern auch in die Kommentarspalten gebracht. Der Tenor quer durch die Presselandschaft lautet: Es wurde höchste Zeit. „In den vergangenen drei Jahren, nach dem Ausscheiden der Nationalelf in der Vorrunde der Weltmeisterschaft 2018, ist vom früheren Weltmeistertrainer nicht viel übriggeblieben“, schreibt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. „Die Verluste an Identifikation und Ansehen, die der viermalige Weltmeister erlitten hat, sind groß und schmerzlich.“ Die *Stuttgarter Nachrichten* kommen zu einem ähnlichen Urteil: „Löw und sein Team wirkten zuletzt kraftlos – und die Stimmung der Fußballnation Deutschland rund um ihr Flaggschiff DFB-Elf erreichte immer neue Tiefpunkte. Das alles hing eng mit Löw zusammen, bei dem sich in der öffentlichen Wahrnehmung Überdruss einstellt.“

Wie viele andere Zeitungen ergänzt die *Freie Presse* aus Chemnitz ihr Abschlusszeugnis für Löw mit einer Spekulation über dessen Nachfolger. „Und der sollte – auch wenn er mit Verweis auf seinen bis 2024 laufenden Vertrag in Liverpool schon den Kopf geschüttelt hat – Jürgen Klopp heißen. Einer, der den DFB aus seiner Sinnkrise reißen, die Mannschaft zu neuen Höhenflügen führen kann. Einer, den Deutschland liebt. Bei Joachim Löw ist das schon eine ganze Weile nicht mehr der Fall.“ (fj.)

## Berliner Zeitung

## PFlichtblatt der Börse Berlin

Herausgeber: Dr. Michael Meier  
Mitglied der Chefredaktion: Margit J. Mayer (VISdP),  
Maurice Frank (englische Ausgabe)

Textchefin: Bettina Cosack

Redaktionelle Koordination: Karim Mahmood, Tobias Miller

Reporter: Ruth Schneebberger, Jan Schmidt

Ressorts

Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar

Welt & Nationen: Dr. Michael Meier

Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Brienne

Kultur & Stil: Margit J. Mayer, Harry Nutt, Dr. Sabine Röthig, Dr. Tomasz Kuranowicz

Leben & Arbeiten: Eva Corino

Gesundheit & Leben: Ruth Schneebberger

Sport & Leidenschaft: Benedikt Paetzoldt

News: Philippe Debonne

Chef Fotoredaktion: Paulus Ponizak

Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle benannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressegesetzes.

Chief Print: Ingo Preißler

Chef Art Direction: Stephanie Franziska Scholz

Print Art Direction: Annette Tiedje

Chef Open Source: Dr. Peter Kohse

Leserlesefunktion Redaktion: +49 30 63 33 11-457

E-Mail: leser-blz@berlinerzeitung.de

Redaktion: Berliner Newsroom GmbH, Berlin24 Digital GmbH

Geschäftsleitung: Berliner Newsroom GmbH, Berlin24 Digital GmbH

Dr. Mirko Schieffelbein (Vorstand), Tobias Miller, Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Verlag: Berliner Verlag GmbH

Geschäftsleitung: Dr. Mirko Schieffelbein (Vorstand), Holger Friedrich

Postadresse: 11509 Berlin, Besucher: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Telefon: +49 30 23 27-77; Fax: +49 30 23 27-55 33

Anzeigen: BVZ Anzeigenagenturen GmbH, Geschäftsführung: Holger Friedrich

Postfach 11 05 06, 10835 Berlin;

Anzeigenannahme: +49 30 23 27-77; E-Mail: anzeigen@berlinerzeitung.com

Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berlinerzeitung.com

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 30, gültig seit 1.1.2019.

Druck: BVZ Berliner Zeitung GmbH, Geschäftsführung: Steffen Helmrich, Holger Friedrich

Am Wasserstr. 10, 10365 Berlin, Internet: www.berlinerzeitung.de

Leserservice Abo: +49 30 23 27-77, E-Mail: leserservice@berlinerzeitung.com

Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung erscheinen sechs Mal in der Woche. Mit dem Digital-Abo der Berliner Zeitung erhalten Sie jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berlinerzeitung.de.

Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer Internetseite abos@berlinerzeitung.de

Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskampf (Streik/Aussperrung) besteht kein Belieferungs- und Entschiidigungsanspruch.

Erfüllung und Gerichtsbarkeit: Holger Friedrich

Einheitsvertrag: keine Haftung übernommen.

Die Auflage der Berliner Zeitung wird von der unabhängigen Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern geprüft.

Die Berliner Zeitung erreicht laut Medienanalyse 2019 in Berlin und Brandenburg täglich 267 000 Leser.